

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 27

Charlottenburg, Freitag, den 3. Juli 1914

Jahrg. 41

Sperren

Bollsperrern: Altwasser (C. Tielsch & Co).
Arzberg (Pietsch & Co). Berlin (Schilderfabrik Bünsow,
Müllerstr. 3). Kronach (Stoßhardt & Schmidt-Eckardt).
Martinslamitz. Offenbach a. M. (Reich, Goldmann
& Co.) Rehau (Beh, Scherzer & Co.) Schorndorf.
Stückerbach. (Karl Müller). Tettau (Sonntag &
Söhne).

Halbsperrern in Deutschland: Bonn (Mehlem).
Fürstenberg a. Weser. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell.
Krummenaab. Meuselwitz. Deslau (Göbel). Passau. Reichenbach.
(Schwabe & Co.) Schlierbach. Schwarzenbach (Klein-
reich). Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Buchau (Platz & Röß-
ner). Gießhübl (Joh. Schuldes). Horn (H. Behringer
& Co.). Krawsta (L. Fiala & Sohn) Laun (B. Ber-
mann). Lubau (Gebr. Martin). Meretitz (Benier &
Co., Inh. J. Koch). Prag (Malerei Scharrer & Co.)

Der neunte Kongreß der deutschen Gewerkschaften.

Der neunte Gewerkschaftskongreß in München tagte in
einer für die Gewerkschaften besonders reaktionären Zeit.
Gewerkschaftskongresse haben stattgefunden 1892 in Halberstadt,
1896 in Berlin, 1899 in Frankfurt a. M., 1902 in Stuttgart,
1905 in Köln a. Rh., 1908 in Hamburg, 1910 in Berlin und
1911 in Dresden. Beim Frankfurter Kongreß war die
Situation ähnlich wie jetzt. Damals drohte man, ein Zucht-
hausgesetz gegen die Gewerkschaften zu erlassen und jetzt schreien
die Reaktionäre aller Schattierungen nach einem Gesetz zum
Schutz der Streikbrecher. Aber unterstreichen können wir das,
was Genosse Legien bei der Eröffnung des Kongresses hierzu
sagte:

„Was will man mit einem solchen Gesetz, hat man es
wirklich bei uns in Deutschland noch nötig, Gesetze zum Schutz
der Streikbrecher zu erlassen? Wäre es nicht gerade im
Gegenteil nötig, die Streitenden vor den Gewalttaten der
Arbeitswilligen zu schützen? Aber man will Leute schützen,
die nicht eine Spur sozialen Gefühls, die kein Verständnis für
Solidarität besitzen, die mit dazu beitragen, den Aufstieg der
Arbeiterklasse zu höherer Kultur zu verhindern! Das ist der
Zweck der verlangten Gesetzgebung, aber auch hierzu können
wir erklären: Wir fürchten diese Gesetze zum Schutze der
Streikbrecher nicht, aber wir wünschen sie auch nicht, und wir
wünschen sie nicht im Interesse des sozialen Friedens. Kommt
eine solche Gesetzgebung, so wird und muß sie eine Erbitterung
in unsere Kämpfe tragen, die mit ihnen nicht notwendig ver-
bunden sein muß. Deshalb wäre zu wünschen, daß es nicht
zu einer derartigen Gesetzgebung kommt; im übrigen können
wir erklären: Wir brauchen auch vor diesem neuesten Kurs,
der sich gegen die Gewerkschaftsorganisation richtet, keine Sorge
und keine Furcht zu haben.“

Aber es war notwendig, diesen Punkt auf die Tages-
ordnung des Kongresses zu setzen, nicht nur, um gegen die

geplante Einführung eines solchen Gesetzes zu protestieren,
sondern auch weil man schon jetzt versucht, auf Umwegen den
Arbeitswilligenschutz, ohne Hilfe des Gesetzgebers, einzuführen.
Mit dem Verbot des Streikpostenstehens, das im Verwaltungs-
wege die sächsische und die preussische Regierung verfügt hat,
ist der Anfang dazu gemacht. Die ganze Hege gegen die
Gewerkschaften und das unaufhörliche Schreien nach vermehrtem
Arbeitswilligenschutz bezweckt auch weiter nichts, als den Ar-
beitern das Koalitionsrecht zu zertrümmern.

Da die Gewerkschaften sich aber nur betätigen und die
Hebung der Lage ihrer Mitglieder nur betreiben können unter
voller Gewährleistung des Koalitionsrechts, da ferner der heute
den Arbeitswilligen und ihren Vermittlern ohne Ansehen ihrer
Person und ohne Rücksicht auf ihr Vorleben gewährte Schutz
durch Behörden und Gerichte, in Verbindung mit der das
Koalitionsrecht einschränkenden Bestimmung des § 153 der
Reichsgewerbeordnung, in ihnen eine Selbstüberhebung her-
vorruft, die häufig die ausschließliche Ursache etwaiger Zusammen-
stöße mit streikenden und ausgesperrten Arbeitern ist, wies der
Kongreß ein Eingreifen der Gesetzgebung sowie der Regierungen
und Polizeibehörden im Sinne der vom Unternehmertum ge-
stellten Forderungen mit Entrüstung zurück und forderte
demgegenüber Ausbau des Koalitionsrechts durch:

Ausdehnung desselben auf alle Arbeiter ohne Rück-
sicht auf die Art ihres Beschäftigungs- oder Dienstver-
hältnisses,

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung;

Bestrafung derjenigen, die Arbeiter und Angestellte
an der Ausübung des Koalitionsrechts hindern oder zu
hindern suchen.

Ferner protestiert der Kongreß:

gegen die heutige Rechtsprechung an Streiks und Aus-
sperungen beteiligten Arbeitern gegenüber,

gegen das wegen Streikvergehens allgemein an-
gewandte hohe Strafmaß, das in keinem Verhältnis zu
den bei gleichartigen, aus anderen Anlässen begangenen
Delikten verhängten Strafen steht,

gegen die höhere Bewertung des Zeugnisses Arbeits-
williger gegenüber dem von Streitenden und gewerk-
schaftlich organisierten Arbeitern

und gegen die fast zur Gepflogenheit gewordene
Verweigerung des Schutzes des § 193 des St.G.B. an-
geklagten Streikenden und Aussperrten gegenüber.

Diese Forderungen und Proteste, die der Kongreß in
Form einer einstimmig angenommenen Resolution erhob,
können auch in den Reihen der Scharfmacher nicht ungehört
verhallen, denn hinter dem Kongreß stehen mehr wie 2 1/2 Mil-
lionen organisierte Arbeiter.

Die Arbeiterfeinde gehen gleich aufs Ganze. Nicht allein
zufrieden mit dem geplanten Streikpostenverbot, heuzen sie
das Reichsvereinsgesetz jetzt dazu, zu versuchen, die der General-
kommission angeschlossenen Verbände als politische Vereine zu
erklären, wodurch, wenn der Versuch gelingt, diese Verbände
Polizeischikanen ausgesetzt sind und sie ihre Mitglieder unter
18 Jahren verlieren würden. Deshalb erklärte der Kongreß:

„Die Handhabung des Vereinsgesetzes, wie sie im Reiche,
besonders aber in Preußen üblich geworden, ist ein Hohn auf
die feierlichen Versprechungen des früheren Staatssekretärs,

jetzigen Reichstanzlers, auf eine loyale Handhabung, umso mehr als gegen die Verbände der Unternehmer, sogenannte ordnungsliebende vaterländische Arbeitervereine und bürgerliche Jugendorganisationen, die einschränkenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes nicht zur Anwendung kommen.

Der Kongreß ist der Auffassung, daß nur durch eine Aenderung des Vereinsgesetzes die Grundlage freien und gleichen Rechtes für alle geschaffen werden kann.

Diese Aenderung muß bewirken, daß:

1. alle landesrechtlichen und polizeilichen Befugnisse, die über den im § 1 und 2 des Vereinsgesetzes gesteckten Rahmen hinausgehen, ausgeschlossen werden;
2. alle gewerkschaftlichen Versammlungen, gleichviel ob sie die Arbeiter eines Betriebes oder mehrerer Betriebe umfassen, von Anmeldung und Ueberwachung befreit bleiben;
3. das Verbot fremder Sprachen für gewerkschaftliche Versammlungen keine Anwendung findet;
4. gewerkschaftliche Verbände außerhalb der Bestimmungen des § 3 gestellt werden.

Der Erreichung dieses Zieles ist es dienlich, daß jeder polizeiliche Eingriff in das Vereins- und Versammlungsrecht durch alle zulässigen Mittel bekämpft wird.

Einen gleichfalls wichtigen Punkt der Tagesordnung des Kongresses bildete die Arbeitslosenfürsorge. Der Kongreß sah gleich den früheren Kongressen in der Arbeitslosenfürsorge eine öffentliche Pflicht. Er erklärte in einer nach einem Referat Winnigs einstimmig angenommenen Resolution:

„Die Arbeitslosigkeit hat seit Jahren den Charakter einer vorübergehenden Erscheinung mehr und mehr verloren. Die industrielle Reservearmee ist heute, besonders in den gewerblich am höchsten entwickelten Gebieten, eine dauernde und wachsende Tatsache. Es handelt sich darum bei der Arbeitslosigkeit keineswegs um einen nur zeitweilig auftretenden Mischstand, dem durch vorübergehende Maßnahmen zu steuern wäre, sondern um eine dauernde Beeinträchtigung der Wohlfahrt und der gewerblichen und sittlichen Tüchtigkeit der arbeitenden Klassen. Sie erfordern daher dauernde Einrichtungen zu ihrer Bekämpfung wie zur Abschwächung ihrer Wirkungen. Diese Einrichtungen können nur bestehen in der Organisation der Arbeitsvermittlung und in der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung durch das Reich, und solange diese nicht zu erreichen ist, durch Staat oder Gemeinde; für die Arbeitslosenversicherung sind in den Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften wertvolle Grundlagen gegeben.

Der Kongreß sieht sich zu der Feststellung genötigt, daß das Reich und die Einzelstaaten in dieser größten aller Fragen der sozialen Politik vollständig versagt haben und daß auch die Maßnahmen der Gemeinden weit hinter allen Erwartungen zurückgeblieben sind. Dieses Versagen der öffentlichen Organe ist weder auf technische Schwierigkeiten der Durchführung, noch auf Mangel an finanziellen Mitteln zurückzuführen; es ist der Erfolg der arbeiterfeindlichen Organisationen und Strömungen, deren Machtgebot sich Reich und Einzelstaaten in dieser Frage gefügt haben.

Demgegenüber fordert der Kongreß alle Organisationen der Arbeiter und Angestellten auf, die Forderung der öffentlichen Organisation der Arbeitslosenversicherung in den Mittelpunkt ihrer Organisation zu stellen, sie zum Probierstein des sozialen Reformwillens zu machen und ihren ganzen Einfluß im öffentlichen Leben für sie einzusetzen.

Die Tagesordnung des Kongresses war eine äußerst reichhaltige. Außer den drei vorgenannten Punkten, die besonders aktuelle Themen behandeln und außer dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission, bei welchem besonders die Frage der Regelung der Grenzstreitigkeiten viel Zeit und Arbeit erforderte, und außer der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, standen noch weitere 6 Punkte auf der Tagesordnung. Der Kongreß vermochte aber, die gesamte Arbeit zu erledigen, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Regelung der Grenzstreitigkeiten nicht soviel Zeit in Anspruch nahm, wie man befürchten konnte.

Ueber die „Volkspflege“ nahm der Kongreß ein Referat des Gen. Bauer an. Auch die „Volkspflege“ wird von allen Feinden der vorkämpfenden Arbeiterschaft lebhaft bekämpft. Diese Feinde hat natürlich auch in den Kreisen der Arbeiter selbst vorhanden. Es wäre auch verwunderlich, wenn christliche und gelbe Arbeiter einmal die klare Botschaft oben an setzen würden. Doch die „Volkspflege“, die seit ihrem kurzen Bestehen schon Erfolge zu verzeichnen hat, wird auch zum Nutzen der Arbeiterschaft weiter gedeihen, trotz aller ihrer Gegner.

Die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, die darauf gerichtet sind, in einer öffentlich-rechtlichen Organisation der Arbeitsvermittlung den Einfluß der Bureaokratie wie auch der Unternehmer zu stärken und selbst einseitig Unternehmernachweise zuzulassen, den Einfluß der Arbeiter dagegen zu schwächen und völlig lahmzulegen, wies der Kongreß mit größter Entschiedenheit zurück und erkannte die beste Lösung des Arbeitsnachweisstreites in einer gesetzlichen Regelung, die alle paritätisch organisierten, gemeinnützigen Arbeitsnachweise anerkennt und zum gemeinsamen Wirken verpflichtet.

Zur Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge erklärte der Kongreß, daß die Gewerkschaften eine solche Regelung nicht fordern, aber sie wünschen, um einer gedeihlichen Entwicklung der Tarifverträge zu dienen, völlige Freiheit für ihre auf Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter gerichtete Bewegung. — Die Lebensmittelverteuerung ist eine auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse so tief einwirkende Erscheinung, daß der Kongreß nicht achtlos an ihr vorübergehen konnte. Er forderte in einer einstimmig angenommenen Resolution Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung. Ganz besonders aber möchten wir allen Berufskollegen am Herz legen, die Schlusssätze der Resolution zu beachten:

Die Selbsthilfe der Arbeiter gegen die Verteuerung ihrer Lebenshaltung muß auf das wirksamste gefördert werden. Der Gewerkschaftskongreß fordert deshalb die arbeitenden Schichten des Volkes erneut zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß und zur Unterstützung der gemeinnützigen genossenschaftlichen Kleinwohnungsbestrebungen auf.

Die freien gewerkschaftlichen Organisationen haben sich als die machtvollsten Faktoren zur Sicherung und Steigerung der Einkommen gegen die wachsenden Lebenskosten bewährt. Der Gewerkschaftskongreß ruft daher alle Arbeiter und Angestellten auf, sich einheitlich den freien Gewerkschaften anzuschließen und dadurch jene Macht zu schaffen, die stark genug ist, um der maßlosen Verteuerung der Lebenshaltung entgegenzuwirken, und über den Ausgleich zwischen Lebenskosten und Löhnen hinaus eine absolute Besserung der Lebensbedingungen der nur auf ihre Arbeit angewiesenen Schichten der Bevölkerung zu erringen.

Zum Rechenschaftsbericht der Generalkommission gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Ausgehend von der Erwägung, daß der gewerkschaftliche Kampf für Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter um so erfolgreicher ist, je stärker die Berufe mit rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen mit einer möglichst großen Zahl Organisierter daran beteiligt sind, in einigen Berufen aber die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Beschäftigung zahlreicher, der Organisation fernstehender Frauen und Jugendlichen behindert wird, macht es der Gewerkschaftskongreß sämtlichen Arbeitern zur dringenden Pflicht, den Beitritt ihrer Angehörigen zu der für diese in Frage kommenden Gewerkschaft zu veranlassen. Die Vorstände der Gewerkschaften und die Gewerkschaftskartelle haben in diesem Sinne zu wirken.“

Auch unsere Kollegen bitten wir dringend, dafür Sorge zu tragen, daß sich ihre Familienangehörigen, sofern sie erwerbstätig sind, restlos organisieren. Umso mehr, da wir dies als eine Selbstverständlichkeit betrachten und weil die Erfüllung dieser Bitte im eigenen Interesse der Kollegen liegt.

Ein weiterer zur Annahme gelangter Antrag verlangt, daß die Agitation fremdsprachiger Arbeiter so energisch wie möglich betrieben werden soll.

Eindringlich wirkte es, als Robert Schmidt, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission, am Schlusse seines Berichts über die sozialpolitische Lage betonte, daß auch die Gewerkschaften entschlossen sind, mit allen Mitteln ihr Lebensrecht zu verteidigen. Nicht in der Anwendung von Mitteln, die mit tönenden Worten angekündigt werden, liegt die Kraft der Gewerkschaft, sondern in der ruhigen, friedlichen Arbeit, in der nüchternen Abwägung des Erreichbaren. Aber eines brauchen wir: Bewegungsfreiheit. Die Gewerkschaften haben den Boden der Gesetzlichkeit nicht verlassen. Werden sie aber in ein Ausnahmegesetz gestellt, verlassen die herrschenden politischen Kreise den Boden des gleichen Rechtes, dann ist auch für uns die Grundlage der Taktik verschoben. Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat gezeigt, daß sie Opfer bringt. Sie verzichtet nicht auf den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen kapitalistische Herrschaft, sie wird sich den Weg bahnen für den Aufstieg der Arbeiterklasse. Eine Arbeiterbewegung, die aus eigener Kraft in Gewerkschaft, Genossenschaft und politischer Bewegung so festgelegte sichere

Werte geschaffen hat, kann nicht durch rohe Gewalt über-
wunden werden!

Der Kongreß brachte daher auch zum Ausdruck, daß die
Arbeiterklasse gegenüber dem lauten Rufe der einflußreichen
Unternehmerverbände nach einem Stillstand in der Sozial-
politik ihre Kräfte in der Organisation sammeln soll.

Eine angenommene Resolution fordert energische Fort-
entwicklung des Heimarbeiterschutzes und der Heimarbeiter-
versicherung, betont aber gleichzeitig, daß sich das nur er-
reichen läßt, wenn sich die Heimarbeiter in starken gewerk-
schaftlichen Organisationen zusammenschließen. Auch hieraus
kommen manche unserer Kollegen und Kolleginnen, die als
Heimarbeiter tätig sind, die Nutzenwendung ziehen.

Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, der schärfere
Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter sowie ein gänzlich
Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen
Arbeitern unter 18 Jahren verlangt.

Beim Punkt Genossenschaften erlangten einige die Ein-
stellung von Arbeitern in Genossenschaftsbetriebe und die
Arbeitsvermittlung betreffende Venderungen die Zustimmung
des Kongresses.

Angenommen wurde ferner der Antrag der Konferenz
der Vertreter der Verbandsvorstände, die das Regulativ für
das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands betreffen.
Hervorzuheben ist dabei, daß die Gewerkschaften nicht mehr
wie bisher für je 3000 Mitglieder einen Delegierten zum
Gewerkschaftskongreß stellen können, sondern für je 5000.
Ferner beträgt der Beitrag an die Generalkommission nicht
mehr pro Kopf und Vierteljahr 4 sondern 5 Pfg.

Herrschaften bei allen diesen Beratungen tiefergehende
Meinungsverschiedenheiten nicht vor, so änderte sich das Bild
bei den Beratungen und Beschlüssen, die sich zur Erledigung
von Grenzstreitigkeiten notwendig machten. Und zwar übten
Vertreter des Transportarbeiterverbandes die schärfste Kritik
an einer Entscheidung eines Schiedsgerichtes vom 9. April
dieses Jahres in Sachen der Grenzstreitigkeiten zwischen dem
Transportarbeiterverbande und dem Brauerei- und Mühlen-
arbeiterverbande. Durch diesen Schiedsspruch glaubten sich die
Mitglieder des ersteren Verbandes benachteiligt. Da nun in
dem Regulativ zur Erledigung von Grenzstreitigkeiten die
Bildung von Schiedsgerichten vorgesehen ist, wehrten sich die
Vertreter des Transportarbeiterverbandes gegen die Ein-
führung solcher Schiedsgerichte, weil sie befürchten, durch
Schiedsprüche Mitglieder zu verlieren. Ihnen schlossen sich
die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes an. Wir erkennen
den Einwand der Gegner der Schiedsgerichte, daß es schwierig
ist die Entscheidungen der Schiedsgerichte durchzuführen, an,
aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Und wo der
gute Wille dazu nicht vorhanden ist, da mag es wohl schwierig,
da mag es fast unmöglich sein, zu einer Verständigung zu
kommen und die Entscheidung eines Schiedsgerichtes zur
Geltung zu bringen.

Zu diesem Regulativ standen eine große Anzahl Ab-
änderungsanträge zur Debatte, diese Anträge wurden fast alle
abgelehnt. Zur Annahme gelangte ein Antrag, der bedingungs-
weise Berufung gegen einen Schiedsspruch zuläßt, und ein
Antrag der bestimmt, daß die Schiedsrichter einen Zeitpunkt
festzusetzen haben, an dem die im Schiedsspruch ausgesprochenen
Uebertritte vollzogen sein müssen. Im übrigen gelangte das
Regulativ unverändert zur Annahme.

Der für unsere Organisation wichtigste Teil des Regulativs
lautet nunmehr:

Um ein gedeihliches Nebeneinander- und Zusammenwirken
der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben empfohlen,
strittige Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit
den Zentralvorständen der in Betracht kommenden Verbände
abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen
Agitation, des Uebertritts von Mitgliedern und des Zusammen-
wirkens bei Lohnbewegungen mehr als bisher durch feste
Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln. Von etwa ab-
geschlossenen Kartellverträgen ist der Generalkommission durch
Uebermittlung einer Abschrift Kenntnis zu geben.

Kommen zwischen Gewerkschaften, bei denen Organisations-
differenzen bestehen, solche Kartellverträge trotz der Vermittlung
der Generalkommission nicht zustande, und ist die Beilegung
dieser Differenzen für das unge störte Zusammenwirken der
Gewerkschaften unbedingt notwendig, so ist der Streitfall durch
ein Schiedsgericht zu entscheiden. Das Schiedsgericht wird
gebildet aus je drei von den Vorständen der beteiligten
Gewerkschaften zu wählenden Gewerkschaftsvertretern und
einem Vorsitzenden, den die Schiedsrichter zu wählen haben.

Die Mitglieder des Schiedsgerichtes dürfen den im Streit
befindlichen Gewerkschaften nicht angehören.

Die Schiedsrichter haben bei ihren Entscheidungen stets
einen Zeitpunkt festzusetzen, an dem die durch einen Schieds-
spruch sich nötig machenden Uebertritte vollzogen sein müssen.

Die Entscheidung des Schiedsgerichtes ist endgültig und
bindend, sofern sie nicht innerhalb eines Monats nach Zustellung
des Schiedsspruches durch Beschwerde angefochten wird. Gegen
die Entscheidung des Schiedsgerichtes ist Beschwerde an die
Vorständekonferenz nur zulässig, wenn diese Beschwerde durch
Verstöße gegen bestehende Gewerkschaftsgrundsätze und im
Verfahren begründet ist. Die Vorständekonferenz hat die
Beschwerdegründe zu prüfen; sie kann Zurückweisung an ein
Schiedsgericht oder Abweisung der Beschwerde beschließen.

Das wäre das Wichtigste, was über die Münchener
Tagung zu berichten wäre, ein ausführlicher Bericht läßt sich
im Organ nicht geben, weil da die Raumverhältnisse in erster
Linie maßgebend sind. Aber wir glauben, daß wir unseren
Kollegen und Kolleginnen so deutlich vor Augen geführt haben,
was der Kongreß durch seine Beschlüsse von allen Gewerkschaftern
verlangt, daß sie herausfinden, daß der Kongreß sich redliche
Mühe gegeben hat, zum Nutzen der organisierten Arbeiterschaft
zu arbeiten und daß die Kollegen und Kolleginnen diese
Arbeit lohnen, indem sie ihr Teil dazubringen, diese Beschlüsse
zur Durchführung zu bringen.

Der Vorsitzende des Kongresses konnte in seiner Schlußrede
betonen, daß die Münchener organisierte Arbeiterschaft keine
Mühe gescheut hat, den Delegierten zu zeigen, was Gast-
freundschaft heißt. Wir können uns diesen Ausführungen voll
und ganz anschließen. Und unsere Münchener und Nymphen-
burger Kollegen ließen es sich trotzdem nicht nehmen, diese
schöne Tugend den Vertretern unseres Verbandes gegenüber
noch besonders zu üben.

Arbeitslosigkeit und Arbeiterferien.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung kehrt das unterste
noch oben. Durch die planlose Warenproduktion und die
dadurch immer mehr einreißende Anarchie im Betriebe des
Wirtschaftslebens ist die Tatsache zu verzeichnen, daß für den
Arbeiter ein sicheres Arbeitsverhältnis immer seltener wird.
Durch die immer schärfer auftretenden periodischen Krisen ist
die Existenz desselben auf eine höchst schwankende Grundlage
aufgebaut. Jeder Tag kann ihm die Entlassung bringen und
ihn, da er ja nicht im Besitz von Produktionsmitteln ist, vor
eine ungewisse Zukunft, vor das Nichts stellen.

Die klassenbewußte, organisierte Arbeiterschaft hat diese
Gefahr frühzeitig erkannt und wie sie den Kapitalismus an
und für sich auf das schärfste bekämpft, ist sie auch bemüht,
die Wirkungen und schädlichen Folgen der Krisen für die
Arbeiterklasse abzuschwächen. Eine der wichtigsten Forderungen
in dieser Hinsicht, welche die Arbeiterorganisationen aufstellen,
ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Die hartnäckigen Kämpfe,
welche die Gewerkschaften mit den Unternehmern in vielen
Fällen um eine verhältnismäßig geringe Arbeitszeitverkürzung
ausfechten, zeugt davon, welche Bedeutung die Arbeiter dieser
Forderung beimessen.

Eine weitere, ebenfalls brennende Frage ist die Gewährung
von Ferien für die Arbeiterschaft. Mit dem Beginn der
warmen Jahreszeit sieht jeder Mensch, der es irgend möglich
machen kann, einige Wochen oder mehrere Tage dem gewohnten
Arbeitsjoch zu entfliehen. Er fühlt das dringende Bedürfnis,
dem Körper und Geist eine Zeit lang Ruhe zu gönnen und
frische Kräfte zu neuem Schaffen zu sammeln. Abgesehen von
denjenigen, welche vom Schweiß der Arbeitsbienen zehren
und Jahr aus Jahr ein „Ferien“ haben, sind für die Staats-
und Kommunalbeamten Ferien allgemein eingeführt. Der
Staat hat die Notwendigkeit einer Erholungspause für seine
Angestellten demnach anerkannt. Nur bei denen, welche es
am allerersten brauchen, die alle Werte schaffen, wird das,
was man einesteils für selbstverständlich hält, nicht für nötig
gehalten. Die wenigen Ausnahmen, welche etwas einsichtsvolle
Unternehmer in dieser Beziehung machen, können nur die
Regel bestätigen.

Die Entwicklung des Kapitalismus hat es notwendiger-
weise mit sich gebracht, daß die Frauenarbeit in immer
größerem Maße zunimmt. Der Anteil derselben im Pro-
duktionsprozeß wächst relativ viel schneller als der des Mannes.
Die Gefahren, welche sich aus dieser Tatsache für die Volks-
gesundheit ergeben, sind eminent und erheischen die größte
Beachtung:

Wer wollte noch leugnen, daß der Rückgang der Geburten, das Zunehmen der Frauenkrankheiten und die große Säuglingssterblichkeit in Ländern mit vorwiegender Industrie vor allem auf das Ueberhandnehmen der Frauenarbeit zurückzuführen sind? Das Drängen und Hasten in der Fabrik, die ungenügende Entlohnung, vielfache Unterernährung tragen dazu bei, die Frau so gut wie den Mann, wenn nicht noch mehr, im Kampf ums Dasein allmählich aufzureiben. Die unabweisbaren Pflichten als Hausfrau und Mutter tun ein übriges, um die Proletarierin mit Arbeit zu überhäufen. Die Forderung auf eine Erholungspause, selbstverständlich unter Fortzahlung des Lohnes, für die Arbeiterschaft ist eine Notwendigkeit, welche dringend auf Erfüllung wartet.

Aber auch in einer andern Hinsicht würde die Gewährung einer längeren Ruhepause für alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Segen sein. Sie würde bei eintretender Arbeitslosigkeit etwas ausgleichend wirken können. Beseitigt könnten die Krisen zwar nicht dadurch werden, denn dieselben sind im heutigen Wirtschaftssystem begründet. Die Krisen setzen bekanntlich die Unternehmer in die Lage, tausende von Arbeitskräften zu entlassen. Viele fleißige Hände werden übrig und ihre Besitzer bekommen unfreiwillige „Ferien“. Die Unternehmer fühlen sich natürlich nicht verpflichtet, den Opfern der Arbeitslosigkeit vielleicht gar eine Entschädigung für diese „Ferien“ auszahlend. Sie überlassen dies den Arbeitern selbst. Da müssen die so wütend bekämpften Gewerkschaften herhalten. Im Gegenteil, man hintertreibt auf jener Seite jede Anregung der Vertreter der Arbeiterschaft auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung, angeblich wegen der unerschwinglichen „sozialen Lasten“. Im Verein mit der Regierung hat man sich zu dem „löblichen“ Bemühen vereint, die Sozialgesetzgebung auf das tote Gleis zu schieben.

So ist vorläufig die Arbeiterklasse auch in dieser Frage auf ihre eigene Kraft angewiesen. Sie darf deshalb nicht nachlassen, die wichtige Forderung der Gewährung von Ferien in ihrem eigenen Interesse immer mehr in den Vordergrund zu stellen. Dazu gehört selbstverständlich, daß sie auch ihrer Forderung den nötigen Nachdruck geben kann. Dies geschieht dadurch, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich immer enger zusammenschließen, indem sie sich restlos organisieren. Dann werden sie auch mit dieser Forderung zum Ziele gelangen und Ferien werden bald zum Allgemeingut der Arbeiterklasse werden.

Heimarbeit.

Die Heimarbeit mit ihrem höchst schädigenden Einfluß auf erhebliche Schichten der Arbeiterbevölkerung und der damit verbundenen Degeneration, ist in den letzten Jahren der Gegenstand einer gewissen Aufmerksamkeit der Gesetzgebung geworden. Durch Kinderschutzgesetze, sowie durch Preisregulierungen in einigen wichtigen Berufen, welche in der Hauptsache in der Heimarbeit ihr Produktionsfeld haben, z. B. die Konfektionsbranche, hat man versucht, die ärgsten Mißstände in der Heimarbeit zu beseitigen. Einige recht bemerkenswerte Ausführungen über die Heimarbeit finden wir in dem im „Volksblatt“ veröffentlichten Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten für Schwarzburg-Rudolstadt auf das Jahr 1913. Unter der Rubrik „Arbeiterinnen“ heißt es:

„Mittage der Arbeit ist üblich in Porzellanfabriken, wo sich in der Hauptsache Frauen, die täglich weniger als 10 Stk. arbeiten, für den Rest der zehnstündigen Arbeitszeit noch Arbeit mit nach Hause nehmen, welche sie abends fertig machen, da sie morgens erst nach Besorgung von häuslichen Arbeiten in der Fabrik erscheinen.“

Und im nächsten Abschnitt, „Jugendliche Arbeiter“ ist folgender Satz zu lesen:

„Die hohe Bedeutung, die das Kinderschutzgesetz für weite Bevölkerungsteile hat, wird zwar von der Allgemeinheit immer mehr anerkannt, seine Bestimmungen aber werden seitens der am meisten Betroffenen, der Heimarbeiter, noch immer wenig beachtet, teils aus Unverständnis oder Gewohnheit infolge Fehlens des richtigen sozialen Empfindens und Bestehens, teils durch die wirtschaftliche Notlage dazu gezwungen. Das beste Mittel, um die Bezahlung höherer Preise für die Produkte der Heimarbeit, die die Mitarbeit der Kinder dem Arbeitgeber machen dürfte.“

Was läßt sich bei diesen beiden Sätzen, wenn man nicht nur oberflächlich über den Bericht hinweggleitet, nicht alles „zwischen den Zeilen“ herauslesen? Wieviel menschliches Elend drückt sich noch in diesen Worten aus, welche sicher nicht zu-

gunsten der einen oder anderen Seite geschrieben sind (wenn denn auch der ganze Bericht in anerkennenswerter Weise objektiv gehalten ist). Frauen, welche in der Fabrik den Kapitalismus ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zur Erhaltung der Familie mit beizusteuern, sind auch noch gezwungen nach Feierabend für den unersättlichen, profitgierigen Mollat aus ihrem Schweiß klingendes, gleißendes Gold zu münzen. Der notwendigen, unumgänglichen Arbeit, welche ihr als Hausfrau und Mutter obliegt, muß sie jegliche Erholung opfern. Aber auch einen Teil der so nötigen Nachtruhe muß sie darbieten, um ihr Pensum Arbeit fertig zu stellen. Denn die Frauenarbeit wird ja, und nicht zuletzt in der Porzellanindustrie, in einem Maße entlohnt, daß nur dadurch die intensivste und übermäßig lange Arbeit ein einigermaßen nennenswerter Verdienst erzielt werden kann.

Aus diesem Grunde ist auch wohl verständlich, daß in vielen Fällen die Kinder zu Hause zur Mitarbeit herangezogen werden. Es dürfte in den wenigsten Fällen Unverständnis oder Gewohnheit „infolge Fehlens des richtigen sozialen Empfindens“ der Eltern sein, welche die Kinder schon frühzeitig dem Kapital fronden läßt, vielmehr ist es die bittere Not, welche eine der größten sozialen Sünden unseres „humanen“ Zeitalters, die Kinderausbeutung, hervorgerufen hat.

Heimarbeit! Wie hat sich doch der Sinn und die Bedeutung dieses Wortes durch die kapitalistische Produktionsweise geändert. Ehemals der Inbegriff des Zusammenwirkens der Familienmitglieder und der Ausdruck des gemeinsamen Schaffens für den Haushalt, ist dieselbe jetzt zu einem Fluch für die Familie geworden. Wer denkt bei diesem Wort nicht an die arme Näherin, welche in der engen Mansarde beim trüben Schein der Lampe rastlos die Maschine tritt, um bis zum nächsten Morgen die Lieferung fertig zu haben, oder wem steigt nicht unwillkürlich das Bild der Spielwaren- und Puppenarbeiter auf, wie sie, die ganze Familie, in der mangelhaften, ungesunder Luft angefüllten Stube, gebeugt um den Tisch sitzen, herab bis zu den manchmal noch nicht schulpflichtigen Kindern. Nur die lange Mahlzeit unterbricht das Schaffen der fleißigen Hände, welche für die Kinder der Besitzenden die Gegenstände der Freude und des Glückes hervorzaubern. Das Wort Familienleben klingt wie ein Hohn!

Aber auch für die Heimarbeiter ist die Möglichkeit gegeben, ihre gedrückte Lage zu verbessern. Wie es die industrielle Arbeiterschaft zum guten Teil verstanden hat, durch engen Zusammenschluß in den Organisationen ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, oder geplante Verschlechterungen abzuwehren, müssen sich auch die Heimarbeiter, und vor allem die Frauen, welche noch schlechter als die Männer für ihre Arbeit entlohnt werden, mehr zusammenschließen. Sie werden dann eine Macht bilden, mit der der Unternehmer zu rechnen hat. Auch die Mitarbeit der Kinder würde sich dann immer mehr entbehrlich machen und diesen die Tage der ersten Jugend sich etwas freundlicher gestalten.

Zur Generalversammlung

Während unsere früheren Generalversammlungen sich hauptsächlich um die materielle Festigung drehten, so wird wohl voraussichtlich die kommende Generalversammlung mehr zu der Hauptaufgabe des Verbandes, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der daraus entstehenden Kämpfe Stellung nehmen. Wohl schon der Bericht des Vorstandes über unsere Aussperrung 1912 wird diese Debatte aufwerfen müssen, denn hier muß ja die Aussperrung Revue passieren. Man wird wohl das Für und Wider über die angewandte Taktik hören, denn ohne Lehre wird dieser große Kampf nicht an uns vorüber gegangen sein. Besonders werden die Delegierten sich wohl bewußt sein müssen, ob bei solch großen Kämpfen unsere Hauptvorstandsvertreter auch in Zukunft allein über Krieg und Frieden entscheiden, oder ob nicht die Mitglieder, die während eines solchen Kampfes die größten Opfer bringen müssen, auch ein Wörtchen drein zu reden haben, wie es bei andern Organisationen der Fall ist. Gewiß wissen wir und erkennen an, daß unsere Vertreter bei den Verhandlungen das äußerst Erreichbare für uns herausholen, aber bei den großen Kämpfen wird es im Interesse der Organisation selbst liegen, auch einige Vertreter der Mitglieder mitreden zu lassen um ein „Ilmenau kontra Hauptvorstand“ nicht wieder zu bekommen.

Aber auch auf ein anderes Gebiet, das ebenfalls nur unsere Bewegung und Kampfweise steigern kann, möchten

wir hinweisen. Wie wäre es, wenn wir mehr Branchenkongressen abhalten würden? In unserem Berufe sind so viele Branchen, teils im Berufe selbst gelegen, teils auch in der Fabrikation. Bis jetzt haben nur die Isolatoren-Dreher eine Gruppe gebildet und ihre Interessen gemeinsam vertreten. Hätten nicht auch schon andere Berufszweige dieses nachahmen können? Es wäre wohl für den Hauptvorstand eine dankbare Sache, wenn er solche Branchenkongresse einberufen würde. Die kleineren uns anverwandten Berufe wie z. B. Emaille-, Gips- und Terrakottaarbeiter sind besonders hierauf angewiesen, weil deren Fabriken meist sehr vereinzelt und zerstreut liegen. Bei den Branchen, die prozentual gut organisiert sind, könnte bei solchen Besprechungen einmal die Tarifffrage erörtert werden, denn dies wäre endlich einmal notwendig schon im Interesse unserer Organisation gegenüber andern Verbänden. Mehr Leben und Agitationsstoff würden diese Zusammenkünfte sicherlich in die Reihen unserer Kollegen und Kolleginnen tragen und mehr Leben brauchen wir in unserem Verbandsverbande schon.

Ebenfalls wird die Gauleiterfrage wiederum behandelt werden müssen, da der bewilligte Gauleiter für Rheinland-Westfalen noch nicht angestellt ist, was wir, weil es ein Generalversammlungsbeschluss ist, bedauern. Daß auch noch den Mitgliedern der Raum der Ameise über diese Frage nicht mehr zur Verfügung steht, grenzt stark an Autokratie. Bis jetzt war die Ameise das Organ sämtlicher Mitglieder und nicht nur das Publikationsorgan des Hauptvorstandes.

Zur Gauleiterfrage selbst hätten auch wir einen Vorschlag, denn da auch Magdeburg und Umgebung einen Gauleiter wünscht, wird wohl bei all diesen Anstellungen die Agitation für unseren kleinen Verband zu teuer werden. Unser Verband zählte am Schluß 1912 16078 Mitglieder und zwar Gau Thüringen 6600, Oberfranken 4460, Schlesien-Sachsen 2060 und das Verbandsgebiet, welches noch keinen Gauleiter hat, 2958 Mitglieder. Diese 2958 Mitglieder sind in Agitationsbezirke einzuteilen und es wären wohl folgende Bezirke zu bilden: 1. Berlin und Umgebung, 2. Magdeburg und Umgebung, 3. Hamburg und Umgebung, 4. Rheinland-Westfalen, 5. Süddeutschland. Diese Bezirke wählen jährlich ihre Agitationskommission. Sämtliche fünf Agitationsbezirke unterstehen einem befohlenen Gauleiter, der seinen Sitz in dem städtischen Bezirk Rheinland, und zwar weil zentral gelegen, in Frankfurt a. M. hat. Die Agitationskommission leitet und überwacht die Agitation im Bezirke, der Gauleiter greift mal da mal dort selbst mit ein und geht den Kommissionen mit Rat und Tat an die Hand. Sicherlich wäre in allen Bezirken ohne allzu große Geldkosten ein Fortschritt zu verzeichnen, wenn Gauleiter, Kommissionen und die Mitglieder ihre Schuldigkeit tun. Ist es dann in dem einen oder anderen Bezirke vorwärts gegangen, so kann für diesen Bezirk eine eigene Kraft angestellt werden. Wir unterbreiten diesen Vorschlag allen Zahlstellen zur Diskussion und glauben, da ja Rheinland-Westfalen den Sitz erhalten soll, auch diesem Genüge getan zu haben. Für diese Bezirke, die noch keinen Gauleiter haben, muß etwas geschehen und dies wäre wohl ein gangbarer Weg.

Die Agitationskommission des 19. Bezirks.

Verbands-Angelegenheiten

Situationsbericht. Kronach. Der Streit bei Firma Stockhardt & Schmidt-Ebert ist aussichtslos und deswegen beendet worden. Die Plätze der Stanzer, Pader u. sind besetzt worden, in der Dreherei hatten sich einige Ersatzkräfte gefunden so daß eine Weiterführung des Streiks zwecklos geworden wäre.

Schorndorf. Der erst kürzlich eingetretene Kunstmaler soll seine Stellung schon wieder gekündigt haben. Der sehr kunstverständige Herr Pfeiffer soll in der Kunst, Arbeiter auch so zu behandeln, daß ihnen das Dableiben nicht von Anfechtung an verleidet wird, noch nicht allzuweit vorgedrungen sein. Auch die Künstlerin soll ein Haar in der Suppe gefunden haben, und bemüht sich lebhaft nach einer Stellung in einem andern Kunsttempel, als die Schorndorfer Porzellanfabrik das zu sein scheint. Es mag auch nicht jedermanns Sache sein, mit „Kollegen“ von der Art, wie sie heute sich ein Stellbuchein in der Schorndorfer Porzellanfabrik geben, zusammen zu arbeiten.

Der Maler Sebastian Fabian aus Fünfskirchen, der nicht nur den Arbeitswilligen, sondern auch den Arbeitswilligenagenten für die Firma Bauer & Pfeiffer abgibt, zeigt schon allein am besten, welcher Unterschied zwischen organisierten

Arbeitern und Arbeitswilligen in mehr als einer Hinsicht besteht.

Tettau. Die Differenzen bei der Firma vorm. Sonntag & Söhne verschärfen sich. Der Streit der Brenner zieht weitere Kreise, woran das Verhalten des Direktors Jähne, früher in Oberhohndorf, in der Hauptsache beigetragen hat. Anscheinend ist der Direktor Jähne in der Fabrik nicht mehr der verantwortlich Zeichnende, während der spiritus rektor des Betriebes an ganz anderer Stelle sitzt und öffentlich nicht in Erscheinung tritt. Doch mag dem sein wie es wolle; bei dem heutigen System, bei dem niemand im Betrieb mehr weiß, was eigentlich noch gelten soll, Erklärungen vom Vormittag schon am Nachmittag wieder „vergessen“ sind, sind unsere Kollegen die Leidtragenden. Doch bei allem Durcheinander geht doch das eine mit aller Klarheit hervor; so lange die Porzellanfabrik Tettau sich dem Schutzverein deutscher Porzellanfabriken angeschlossen hat, (seit Februar d. Js.) so lange geht das Treiben des Direktors Jähne gegen unseren Verband. Mit allen Mitteln versucht Herr Jähne die Mitglieder vom Verband wegzubringen und verschießt dabei die Pfeile, die andere geschneit haben. Die Mitglieder sind natürlich nicht gewillt, sich das Koalitionsrecht eskamotieren zu lassen, und wenn die Firma einen Kampf vom Zaune brechen will, wird sie ihn haben. Tettau ist gesperrt und jeder Zugang ist zu unterlassen.

Farge. Die im Fabrikarbeitsverband organisierten Arbeiter sind ausständig geworden. Die Mitglieder unseres Verbandes sind insofern in Mitleidenschaft geraten, als der Betrieb ins Stocken geraten ist.

Sch ed e w i z. Die Schleifer stehen in einer Bewegung; eine nicht unbeträchtliche Lohnkürzung ist die Ursache hierfür. So lange die Bewegung nicht beendet ist, müssen wir vor Zugang warnen.

O f f e n b a c h a. M a i n. Die Sperre über die Firma Reich, Goldmann & Co. besteht weiter.

K l e i n d e m b a c h. Die Firma Quist & Kowalsky gehört schon seit geraumer Zeit zu denen, die den Drachen Arbeiterorganisation durchaus erlegen wollen. Allerdings haben die bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter selbst viel Schuld daran, wenn die Firma auf den Gedanken gekommen ist, den modernen Ritter St. Georg zu mimen. Die Arbeiter sollten einmütig vom Koalitionsrecht Gebrauch machen, das wäre das beste Mittel, Ruhe und Frieden im Betriebe herzustellen und zu erhalten.

D i s c h a z. Laut telegraphischer Meldung sind hier Kündigungen erfolgt, jedoch wissen wir noch nicht, aus welchem Grunde. Borerst ist Zugang nach Dischaz fern zu halten; vielleicht ist auch der Geschäftsgang ein solcher, daß Neueinstellungen nicht erfolgen können, bezw. Entlassungen erfolgt sind.

D e s t e r r e i c h. Die Sperren über Horn bei Elbogen, Firma Heinrich Behinger, Meretik bei Klösterle, (beide Firmen Benier & Co. sowie Tuma) Lubau bei Bodersam, (Firma Gebrüder Martin) Budapest, Firma Draße, bestehen fort. Die Differenzen in Haindorf-Mildenstein, (Firma Robrecht) sind noch nicht erledigt; Zugang ist nach allen vorgenannten Orten streng fernzuhalten.

Beiträge erwünscht

Aus unserem Berufe

Beiträge erwünscht

Aus Kolmar wird uns von dortigen Kollegen geschrieben, daß es sich herausgestellt habe, daß die Löhne in der dortigen Steingutfabrik durchschnittlich höher, als in voriger Nummer angegeben, sind.

Neumünster. Die hiesige Porzellanfabrik hat sich entschlossen, jetzt nur besseres Geschirr, Hotelgeschirr usw. herzustellen. Wir wollen hoffen, daß jetzt endlich auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse besser werden. Abzüge und Strafen sind an der Tagesordnung, der neue Betriebsleiter bezw. Geschäftsführer scheint sich auf diesem Gebiete besonders ausgebildet zu haben. Den Kollegen wird wohl Herr Wirkner, seinerzeit in Plantenhammer tätig gewesen, reichlich betannt sein. Es werden von der Firma Familien gesucht und man muß fragen, wo sollen sie hin, es sind wohl noch nicht genug ins Glend gestürzt, denn die Firma löst ihre Versprechen, die sie den Arbeitnehmern von auswärts macht, nicht ein. Am liebsten stellt die Firma nur unorganisierte Arbeiter ein, denn diese sind ja bekanntlich Wachs in den Händen der Herren Chefs. Kollegen seid auf der Hut, wir sind es auch.

Unterweißbach. „Streifbrecher ist noch nicht das Schlimmste“, ist die Meinung des bei der Firma vorm. Mann & Porzilius beschäftigten Formträgers Enders. Und allem Anschein nach will er auch seinen Mitarbeitern ad oculos demonstrieren, was noch „höher“ eingeschätzt werden kann. So hat er sich schon 1907 als Arbeitswilliger betätigt und jetzt verlegt er sich aufs Schikanieren. Es kommt öfters vor, daß er ihm mißliebigen Arbeitern die Formen nicht rechtzeitig zustellt und sie dann noch, falls diese das nicht ruhig hinnehmen, beschimpft und bei der Betriebsleitung anzuschwärzen versucht. Ja, es ist schon vorgekommen, daß er tätlich gegen Arbeiter vorging.

In Unbetracht dieser Tatsachen ist es den Unterweißbacher Arbeitern nicht zu verdenken, wenn sie es einmal satt bekommen und keine Lust mehr haben, sich die Formen vom Herrn Enders zutragen zu lassen.



Meine Reise nach Brasilien.

Von Richard Schulze.

V.

Am Ziel. — Die Enttäuschung.

In dem Hafen von Paranaqua war unsere Seereise zu Ende. Wir wurden mit all unserem Gepäc in ein Segelboot geladen und an Land gesetzt. Hier mußten wir unser Gepäc in dem Emigrantenhause unterbringen; ein großer, aber noch mit Fenstern versehener Schuppen. An den Dachbalken war mit großen Lettern die Aufschrift „Ratten-Zirkus“ angebracht. Lange Brettergestelle dienen als Nachtlager. Früh morgens waren wir lendenlahm von diesem harten Nachtlager. Am Vormittag wurde das Gepäc in einen Bahnwagen verladen und mittags gegen ein Uhr bestiegen wir den Zug, um die Weiterreise per Bahn anzutreten. In kühnen Windungen bewegt sich der Zug an steilen Felsenwänden und tiefen Abgründen entlang bis zu einer Höhe von 1200 Metern empor, und nach fünfstündiger Fahrt ist die Hauptstadt von Parana, „Kurityba“, erreicht.

Hier wurden wir von einem Dolmetscher empfangen und nach dem Emigrantenhause geführt. Das Emigrantenhaus von der Hauptstadt von Parana hatte ich mir anders vorgestellt; es war in der Tat nur ein großer Stall. Fußboden enthielt es nicht, auch war der Erdboden nicht eingeebnet, hier war eine Senkung, dort ein Hügel, so daß man sich nur recht vorsichtig vorwärts bewegen konnte. Ein Spatzvogel hatte an dem Bretterverschlag, hinter welchem der Dolmetscher seinen Wohnraum hatte, nachfolgende Inschrift angebracht:

Hier in diesen großen Stall
Bringt man die Emigranten all,
Alle 6 bis 7 Stunden gib's ein Stück Brot,
Ist das nicht eine große Not?
Hol der Teufel ganz Parana
Mit der Hauptstadt „Kurityba“.

In Wirklichkeit muß man auch den Schnürriemern etwas enger schnallen, denn so reichlich wie auf der Ilha des Flores (Blumeninsel) wird man hier nicht mehr beköstigt. Der Speisezettel weicht auch hier nicht viel vom Programm ab. Früh morgens süßen Kaffee und Weißbrot, mittags Reis und Bohnen mit Fleisch, abends Tee. Also nur dreimal wird gespeist. Der Tee wird aus Herbe-Mattee zubereitet, welcher hier in großen Mengen gewonnen wird. Der Matteebaum wächst im Urwald. Seine Blätter liefern den Tee. Aber der Hunger war das größere Lebel nicht, der Appetit auf die so einseitige Kost war nicht so groß. Wer noch über Mittel verfügte, kaufte Orangen, Bananen, Eier und dergleichen, um eine Abwechslung zu haben. Ich kaufte auch einmal ein Pfund Butter, in welcher sich Maden befanden. Aber diese wurden entfernt und die Butter aufgegeben. Aber noch ein Lebel war hier sehr fühlbar und dieses waren die Moskitos (Stechmücken). Diese kleinen Quälgeister kamen in der Nacht und zerfielen uns ganz gehörig. Keiner wurde verschont. Mit hier keine armen Kinder sehr gedauert. Die Kleinsten war über zerstoßen. Da die Stiche jucken, so tragen sich die Kinder auf und es bilden sich Schorf und Grind, welche erst nach vielen Wochen abheilen. Bei der Kleinsten habe ich sehr lange mit Salbe nachhelfen müssen.

Die Stadt Kurityba kann ja später einmal eine schöne Stadt werden, jetzt ist sie es noch nicht. Die Kanalisation und der Straßenausbau sind noch im Anfangsstadium. Wohl

sind einige gepflasterte Straßen vorhanden, welche schon früher angelegt sind, diese sind aber in sehr schlechtem Zustande. Gegenwärtig mögen wohl 400 bis 500 Arbeiter mit dem Ausbau der Straßen beschäftigt sein. Die Ausführung des Unterbaues ist dieselbe wie bei uns. Der Grund wird gewalzt. Es folgt eine Steinschlaglage, welche wieder gewalzt wird. Nun bringt man die Kies- oder Sandlage ein, in welche das Pflaster gesetzt wird. Die Ausführung des Pflasters, das „Setzen“, geschieht hier in sehr primitiver Weise. Mit einem winzig kleinen Maurerhammer legt man das Pflaster hin, um dann mit einem Häufel den Stein festzuschlagen. Auch das Rammen des Pflasters scheint man nicht als Hauptbedingung anzusehen, denn es geschieht in dieser Beziehung nicht sehr viel. Die meisten Steinsetzer knien bei der Arbeit, nur einen sah ich in gebückter Stellung. In einer Nebenstraße führten ein Steinsetzer und ein Rammer eine Reparatur aus, bei welcher der Rammer nicht erst wartete, bis der Steinsetzer ein größeres Stück gepflastert hatte, sondern jeder einzelne Stein wurde sofort, nachdem er gesetzt war, auch gerammt. Der Steinsetzer mußte immer erst warten, bis der Rammer fertig war, ehe er erst wieder einen Stein setzen konnte und ruhig daneben knien. Eine solche Ausführungsweise habe ich noch nirgends beobachten können. An Steinsetzern schien es nicht zu mangeln, denn sie knieten in sehr dichten Reihen nebeneinander. Aber dennoch haben sie noch ein sehr großes Arbeitsfeld, kaum der vierte Teil dürfte in Kurityba erst gepflastert sein. Die übrigen Straßen sind Erdstraßen und befinden sich zum größten Teil in einem unglaublich schlechten Zustande. Nicht selten sind die Straßen durch den Verkehr und die Witterungsverhältnisse so zerstört, daß sie kaum noch passierbar sind. Bei Regenwetter sind verschiedene Straßen nicht passierbar. Die Fuhrleute müssen oft einen und mehrere Tage auf der Straße rasten, bis ihnen das Wetter gestattet, weiter zu fahren. Nur in Kurityba habe ich ein kurzes Stück Straße mit Schotterdecke (Steinschlag) besetzt gesehen, sonst nirgends. Es sind alles nur Erdstraßen und auch diese sind sehr mangelhaft gebaut. Hier ist noch ein riesig großes Arbeitsfeld vorhanden, denn daß die Straßen ausgebaut werden müssen, erfordert sicher der Automobilverkehr. Automobile gibt es auch hier in großer Zahl, wenn auch gegenwärtig der Warentransport noch durch Zugtiere bewältigt wird.

Der Zustand der Straßen läßt sich schon an der Zahl der Zugtiere, welche vor einen Wagen gespannt sind, erklären. Mein Reisegepäc hatte beispielsweise ein Gewicht von zirka 60 Zentnern. Dieses Gewicht wurde auf vier Wagen verteilt (große Planwagen). Drei dieser Wagen wurden jeder mit acht Pferden und der vierte mit zehn Ochsen bespannt. Und als wir am Ziel ankamen, hatten tatsächlich die Tiere alle ihre Schuldigkeit getan. Nach zweitägigem Aufenthalt in Kurityba reisten wir per Bahn weiter nach Ponta-Grossa. Diese Eisenbahnfahrt war eine sehr eintönige. Von Anfang bis Ende fuhren wir durch Kampland (Weideland), wo kleinere und mittlere Rinderherden sich mit einer sehr dürftigen Weide begnügen mußten. Ansiedlungen waren nur vereinzelt zu erblicken. Von den wogenden Getreidefeldern, welche ich immer zu erblicken hoffte, war nicht die geringste Spur vorhanden. In Ponta-Grossa ist das Emigrantenhaus sehr geräumig. Es ist ein 60 bis 70 Meter langer Holzschuppen. Fenster sind nicht vorhanden, aber trotzdem kommt genügend Licht durch die Spalten. Fußboden ist auch da, diesen Luxus hatten wir schon garnicht mehr erwartet. Aber eine Aborteinrichtung kennt man hier nicht. Seitlich dieses Schuppens wächst Strauch und Buschwerk wo alle ihre Notdurft verrichten müssen. Auch ein Brunnen ist vorhanden; dieser besteht aus einem Wasserloch, welches von Algen fast verwachsen ist, auch andere mit dem bloßen Auge sichtbare Lebewesen tummeln sich darin, — aber der Durst ist ein Quälgeist und zwingt jeden, dieses Wasser zu trinken, denn andere Getränke gibt es nicht. Die Speisekarte ist dieselbe: Bohnen, Reis, Kaffee und Mattee. Hartes Nachtlager, des Nachts sinkt die Temperatur bis auf wenige Wärmegrade herab, der Wind pfeift durch die Bretterspalten. Das große Gepäc mit den Bettsäcken ist noch nicht eingetroffen. Wir haben nur für jeden eine Decke im Handgepäc. Wir zittern des Nachts vor Kälte. Zwei Wochen liegen wir hier in dieser Baracke und werden nicht weiter befördert. Ich muß endlich mit meiner Familie auf meine Kosten die Weiterreise nach San Roque fortsetzen. Drei Planwagen befördern das Gepäc und die Familie weiter, jeder dieser Wagen kostet 80 Milreis, nach unserem Gelde über 100 Mk. Die Reise mit Pferdegespannen dauert drei Tage. Die Speisen werden auf der Landstraße zubereitet und gegessen.

Geschlafen wird auf der Karosse (Planwagen). Des Nachts wird nicht gefahren; wenn der Fuhrmann an einer Anstiedlung rastet, so winkt wenigstens ein Stall oder eine Scheune als Nachtlager, wo wir uns etwas behaglicher einrichten können als auf der Karosse, denn wir haben ja jetzt unsere Bettsäcke bei uns. Endlich am 25. November treffen wir in San-Roque ein und können uns zunächst von unserer fast achtwöchigen Reise ausruhen. Mein ältester Sohn kommt zwei Wochen später, am 15. Dezember mit dem Zollgepäck an; er hat das schon erwähnte Ochsengepann benutzt, welches allerdings nicht nur drei Tage, sondern fünf Tage von Ponta-Grossa aus bis San-Roque gebraucht hatte. Wir waren natürlich alle des Reisens müde. Zwei meiner Kinder waren ernstlich erkrankt. Auch ich befinde mich zur Zeit nicht wohl, mein Körpergewicht hat um 30 Pfund abgenommen. Mein Sohn hat an Zollgebühr 285 Milreis bezahlen müssen, aber drei Kisten fehlen mir jetzt noch, ich werde versuchen, dieselben auf schriftlichem Wege zu finden. Die Reise war kostspieliger, als ich vermutet hatte, sodaß ich heute an der Grenze meiner Barmittel angelangt bin. Auch sind die Reize, die man einer solchen Reise abgewinnen kann, durch die Strapazen viel zu teuer erkauft; ich kann deshalb niemanden eine solche Reise empfehlen.

Uersammlungs-Berichte etc.

Olshatz. Am 23. Juni fand in unserer Zahlstelle eine öffentliche Steingutarbeiterversammlung statt. An dem Besuch blieb viel zu wünschen übrig. Wie es scheint, halten es die Steingutarbeiter nicht für notwendig, eine derartige Versammlung zu besuchen. In derselben sprach der Gauleiter Gen. Hirsch über das amerikanische Taylorsystem. Die Schilderung dieser Arbeitsmethode verfolgten die Anwesenden mit Interesse und gelangten einstimmig zu der Auffassung, daß durch eine solche raffinierte Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft der Arbeiter in einigen Jahren verbraucht wird. Der Redner schilderte die Betriebsleitung, deren Einteilung und kennzeichnet an der Hand kinematographischer Aufnahmen diese frevelhafte, die Arbeiter zu Grunde richtende Einrichtung, über welche lebhaftes Entrüsten laut wurde. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. Nachdem der Vorsitzende für einen zahlreichen Besuch der Mitgliederversammlung am nächsten Sonnabend eingetreten war, gab der Referent der Genugtuung über das Erstarken der Organisation Ausdruck und forderte zur weiteren Agitation auf. Aufgabe der Organisation wird es nun sein, den Organisationsgedanken bei den Mitgliedern zu befestigen. Auch für Aenderung der im Betriebe herrschenden Trinksitte müssen die Organisatoren eintreten.

Potschappel. Die am 20. Juni abgehaltene Versammlung gestaltete sich im Gegensatz zu den vorhergegangenen erfreulicherweise zu einer recht lebhaften, da der Besuch sowohl wie das Interesse in gesteigertem Maße vorhanden war. Auch die Tagesordnung bot anregenden Stoff zum diskutieren, so daß man an diese Versammlung mit Befriedigung zurückdenken kann. Eingangs der Versammlung begrüßte der Vorsitzende 3 neue Mitglieder, wovon eine männliche und eine weibliche Person durch unsere letzte Hausagitation gewonnen wurde und gibt anschließend einige Erläuterungen über unsere Ferien, welche genehmigt und mit einigen Abänderungen in Kraft getreten sind. Weniger erfreuliches ist leider von der Angelegenheit der Dreher und Former zu berichten. Diese Forderungen, wovon wir im letzten Bericht Erwähnung getan, sind wohl vom Chef genehmigt worden, aber werden nicht strikte innegehalten. An die alten Klagen haben sich wieder neue gereiht, es wird nach dem alten Schema weiter kalkuliert. Die Kollegen sind gewillt, mit aller Energie an unserem Beschluß festzuhalten. Möge dieses auch den fremden Kollegen zur Aufklärung dienen, welche schon, betreffs Arbeitsnachfrage, ihr Auge auf Potschappel gerichtet haben. Ueber den neugegründeten Arbeitsnachweis ist zu bemerken, daß sich noch einige Abänderungen notwendig machen, welche in Bälde ihre Erledigung finden. Weiter kam die Sache der Standfußschen Maler zur Sprache, welche bekanntlich um Arbeitsverkürzung nachgesucht hatten. Infolge Abwesenheit des Herrn Standfuß, hatte dessen Vertreter die Kommission rufen lassen und erklärt, bis zur Rückkehr des Herrn Standfuß am 12. Juli, die Angelegenheit zu vertagen, womit sich die Kommission und die anderen Malerkollegen einverstanden erklärten.

Es wurde sodann in die Besprechung über die am 7. September beginnende Generalversammlung und die dazu zu stellenden Anträge eingetreten. Aus der Mitte der Versammlung wird von verschiedenen Kollegen bedeutet, daß man hierzu noch keine Anträge stellen könne, da der Hauptvorstand, in bezug auf die Verschmelzung, die doch einen Hauptpunkt der Generalversammlung bildet, den Zahlstellen noch keine Information hat zukommen lassen, inwieweit die Verschmelzungsfrage gediehen ist. Es hätte doch schon lange etwas veröffentlicht werden müssen, was für Schritte der Hauptvorstand oder die Vorstände der in Frage kommenden Verbände unternommen haben, damit etwas Ersprießliches zu erwarten ist. Dort können auch die Zahlstellen ihre Anträge demgemäß stellen. Es wurde ein alleseitig unterstützter Antrag eingebracht, in Gestalt einer Resolution, den Hauptvorstand zu fragen, was er in dieser Sache bisher geleistet hat. Die Versammlung nahm von nachstehender Resolution Kenntnis:

Die heute am 20. Juni tagende Versammlung der Zahlstelle Potschappel, nimmt von der Einberufung der Generalversammlung für den 7. September Kenntnis. Da aber bereits bis zum 26. Juli die Anträge gestellt sein müssen, fordert dieselbe den Hauptvorstand unverzüglich auf, das Resultat der Verhandlungen der beteiligten Verbände in der Verschmelzungsfrage, in einem Artikel der in Ameise bekannt zu geben, damit es den Zahlstellen möglich ist, dementsprechende Anträge zu stellen.

Zur Begründung wurde noch angeführt, daß man doch vor allen Dingen wissen müsse, ob Aussicht auf die Verschmelzung mit einem oder dem anderen Verband besteht, sonst sind Anträge in dieser Hinsicht zwecklos. Auffallend ist uns die kurze Zeit zur Stellung von Anträgen. Hierauf wurde Kollege Lehmann einstimmig als Delegierter aufgestellt. Nachdem noch unter Verschiedenen, einige interne An gelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Schwarza. Die hiesige Zahlstelle befaßte sich in letzter Versammlung mit den zur Generalversammlung zu stellenden Anträgen. Zunächst wurde über den von Kahla zur Diskussion gestellten Antrag debattiert. Derselbe fand einstimmige Annahme.

Ferner wurden folgende Anträge gestellt: Als Delegierte zur Generalversammlung können nur Mitglieder gewählt werden, die mindestens 5 Jahre ununterbrochen dem Verbands angehören. Begründung: Damit die Delegierten genügend in unsere Verbandsverhältnisse eingeweiht sind, was eine unbedingte Notwendigkeit ist. Zu § 23 Abs. 2. Die Krankenunterstützung währt nach einer Beitragsleistung von

| | |
|-----------|----------|
| 52 Wochen | 6 Wochen |
| 104 | 10 |
| 208 | 16 |
| 312 | 20 |
| 416 | 26 |

Begründung: Jede gesetzliche Krankenkasse gewährt mindestens 26 Wochen, wir sind auch der Ueberzeugung, daß diese Mehrleistung von unserer Zuschußkasse getragen werden kann.

Sterbetafel.

Annaburg. Wilh. Müller, M., geb. 24. Juli 1872, gest. 16. Juni, an Lungentarrh. Krankheitsdauer 48 Wochen.

Eisenberg. Emil Schönwälder, Dr., geb. 7. November 1867 in Waldenburg, gest. 24. Juni, an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 3 Jahre.

Köppelsdorf. Rich. Ott, Dr., geb. 7. November 1882, gest. 22. Juni, an Tuberkulose. — Leonhard Wolf, M., geb. 8. März 1889, gest. 22. Juni, durch Selbstmord.

Ohrdruf. Otto Hofmann, M., geb. 29. Juli 1862, hier, gest. 22. Juni, an Herzlähmung. Krankheitsdauer 10 Tage.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Henderungen

Mutzichen. Schf. Arno Schwips, M., Zeesewitz.

Selb. Zahlstellenbüro: Gartenstr. 35, im Jugendheim.

Celtow. Rff. Wenzel Kwet, Dr., Hamburger Platz 1.

Wallhausen. Schf. Wilhelm Neubauer, Hauptstr. 65.

Uersammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Uersammlungen erwünscht.

Huma. Sonnabend, 4. Juli, 7¹/₂ Uhr, bei Genff.

Arzberg. Sonnabend, 4. Juli, im Konsum. Aufstellung eines Kandidaten. Bibliothekbücher mitbringen.

Berlin. Montag, 6. Juli, 7 Uhr, Schildermaler. An der Stralauerbrücke 3. — Freitag, 10. Juli, 8 Uhr, Verwaltungssitzung im Büro. — Montag, 13. Juli, 7 Uhr, Figurenbranche. Ubalbertstr. 21. — Montag, 13. Juli, 6 Uhr, Emaillebranche. An der Stralauerbrücke 3. In allen Sitzungen: Stellung von Anträgen zur Generalversammlung und Diskussion derselben.

Charlottenburg. Sonnabend, 18. Juli, 8¹/₂ Uhr, im Volkshaus. Delegiertenwahl.

Golditz. Sonnabend, 11. Juli.

Elgersburg. Sonnabend, 4. Juli.

Ellerwerda. Sonnabend, 4. Juli, 8 Uhr, bei Engelmann. Wichtige Tagesordnung.

Fraureuth. Sonnabend, 11. Juli, 8 Uhr, in Volkstädts Restaurant.

Freiberg. Sonnabend, 4. Juli, 4 Uhr, in der Union.

Freienorla. Sonnabend, 11. Juli.

Gelchwenda. Sonnabend, 4. Juli, 8¹/₂ Uhr, im Gasthaus zum Thüringer Wald. Aufstellung der Wahlkandidaten.

Gräfenhain. Montag, 6. Juli, punkt 8¹/₂ Uhr, im Gasthaus zum Steiger. Wichtige Tagesordnung.

Großbreitenbach. Sonnabend, 4. Juli, 9 Uhr, im Gold. Hirsch.

Grünhain. Sonnabend, 4. Juli, 8¹/₂ Uhr, im Restaurant Goldhahn.

Hermisdorf. Sonnabend, 4. Juli, in der Zentralthalle.

Timenau. Montag, 6. Juli, 8 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Kahla. Sonnabend, 4. Juli, 8¹/₂ Uhr, im Rolengarten.

Magdeburg-N. Sonnabend, 4. Juli, bei Donnic, Fabrikenstr. 5/6.

Mannheim. Sonnabend, 11. Juli, bei W. Kizinger, S. 7. 24.

M.-Gladbach. Sonnabend, 11. Juli, gleich nach Feierabend, bei Heinen, Wallstr. 13.

Neuhaus, Krs. Sonneberg. Montag, 6. Juli, 6¹/₂ Uhr, bei S. Höllein.

Neustadt b. Cob. Sonnabend, 11. Juli, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Nürnberg. Sonnabend, 11. Juli, punkt 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung. Abschluß, Kartellbericht, Delegiertenwahl.

Oelde. Sonnabend, 4. Juli, 8¹/₂ Uhr, bei Anton Linnenbrint.
Pankow. Sonnabend, 4. Juli, 7¹/₂ Uhr, bei Bohr, Kuglerstr. 148.
Pallau. Sonnabend, 4. Juli, im Gasthaus Ditrich, Instadt, Kapuzinerstr.
Reichmannsdorf. Sonntag, 5. Juli, 4 Uhr. Wichtige Tagesordnung.
Rohlau. Sonnabend, 4. Juli, 8 Uhr, in der goldenen Krone.
Schwarzenberg. Sonnabend, 11. Juli, 8¹/₂ Uhr, im Wettiner Hof. Abschluß. Mitgliedsbücher mitbringen.
Stadtlengsfeld. Sonnabend, 4. Juli, 8¹/₂ Uhr, im Gasthaus zur Sonne.
Zwickau. Sonnabend, 4. Juli, 8¹/₂ Uhr, in Meyers Gasthof in Oberhohndorf. Wichtige Tagesordnung.

Anzeigen

Zur Beachtung! Die Kassierer folgender Zahlstellen geben den Termin des Abschlusses des 2. Quartals bekannt und ersuchen um Begleichung der Beiträge und Entnahme der Pflichtstreifen bis spätestens zu dieser Frist: **Arzberg** bis 11. Juli, **Mannheim** bis 11. Juli, **Neubaus** Krs. Sonneberg bis 11. Juli, **Schney** bis 11. Juli, **Staffel** bis 11. Juli, **Suhl** bis 11. Juli, **Köln** bis 12. Juli, **Gräfenenthal** bis 12. Juli, **Zwickau** bis 12. Juli, **Neustadt** bei Cob. bis 18. Juli, **Colditz** bis 19. Juli.

19. Agitationsbezirk u. Vorort Schramberg.

Am Sonntag, den 12. Juli, vormittags 10 Uhr, findet in **Karlshütte**, Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches 2. Jahresbericht 1913/14. 3. Unsere zukünftige Agitation. 4. Generalversammlung und Anträge hierzu. 5. Berichte der Zahlstellen (schriftlich mitbringen) 6. Verschiedenes. Hierzu mögen sämtliche Zahlstellen ihren Vertrauensmann entsenden; ebenso können zu Punkt 1 auch die Zahlstellen der Wahlgruppe 27 vertreten sein.
Die Agitationskommission.

Agitationsbezirk f. Rheinland u. Westfalen.

Die auf den 5. Juli einberufene Konferenz findet statt zu **Köln**, Volkshaus, Severinstraße 197/199, Zimmer 2, vormittags 10 Uhr.
Die Agitationskommission.

Gau Schlesien und Sachsen.

Die den Zahlstellen in nächster Zeit zugehenden Broschüren sind für alle Organisierten und Unorganisierten unseres Berufes bestimmt. Die Zahlstellen ersuche ich, für eine sorgfältige Verteilung vor den Betrieben und zwar abends, wenn die Arbeitererschaft dieselben verläßt, Sorge zu tragen.
Der Gauleiter.

Dresden — Pottschappel — Radeberg.

Sonntag, den 12. Juli, vorm. 11 Uhr, im Saale des Dresdener Volkshauses gemeinsame Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Berichterstattung vom Gewerkschaftskongreß. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig!

Colditz. Die Namen derjenigen Mitglieder, welche länger als 13 Wochen ruhestellen, werden laut Versammlungsbeschuß bekannt gegeben.
Der Kassierer.

Neumünster. An durchreisende Kollegen kann bis auf weiteres keine Unterstützung gezahlt werden.

Selb. Das Bureau der Zahlstelle befindet sich ab 1. Juli in der Gartenstraße 35, im „Jugendheim“. Die Verwaltung.

Suhl und Goldlauter. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 2 Uhr in Dombergs Ansicht eine kombinierte Versammlung stattfindet, wozu sämtliche Mitglieder beider Zahlstellen erscheinen müssen.

| | | |
|---|---------------------|---|
| Arbeitsstelle u. Arbeit angebotene Lohnsätze | Arbeitsmarkt | Offerten-Befreiung nur für Lohn-Erhöhung |
|---|---------------------|---|

Cüchtiger Maler (Kändler) für Goldblei, feston, Hotel, Saal und Stempel, sowie eine flotte, sauber arbeitende Druckerei mit Sanddrüse (Kantendekore) gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an: J. J. Schmecher, Altona, Gr. Mühlenstr. 76.

Maler und Sandstritzer, wandert in Fond, Schablone und Dekor, sucht baldigst Stelle. Offerten unter 100 an die Ameise erbeten.

Florier Retoucheur Kunstkeramik, Gips und Porzellan wichtig im Formen, Modellieren und Gießen, bewandert im Modellieren von Schreibern, sucht dauernde Stellung. Würde auch leitenden Posten übernehmen. Offerten unter 150 an die Ameise.

| | | |
|--|---------------------------|--------------------------------|
| Preis der Zeitschriften Beiträge 30 Pfennig | Geschäfts-Anzeigen | Vorauszahlung ist Bedingung |
|--|---------------------------|--------------------------------|

Wo? verkauft man am vorteilhaftesten **Goldabfälle**?
Nur beim **Verbandskollegen**
Karl Fränzel, Pottschappel b. Dresden, Weikeritzstr.

Goldabfälle jeder Art, Goldlappen, Goldmatten, Schmelzgold, Rehringgold schmilzt und kauft höchstzahlend
E. Hecht, Berlin N., Weinbergsweg 12, 1
Telephon Amt Norden 7487.

| | | |
|---|---|--|
| Zahle well grossen Umsatz höchste Preise | Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle  Reelle schnelle Bedienung Osterwelhstrasse 32. Otto Seifert, Zwickau S. | Edel- Metall- Schmelz- Gebrüder 1896 |
|---|---|--|

Goldschmiere, Goldabfälle

goldhaltige Lappen, Asche, Watte, Stupfer, Pinsel, Rehringgold, leere Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold nach Goldkurs angekauft, also höchste Zahlung, bei sofortiger Kasse. Reelle Bedienung zugesichert. Großer Umsatz, daher höchste Preise. Wie neue Anerkennungen und Empfehlungen für reelle Bedienung. Nehmen auch alten Goldschmuck in Zahlung.

M. Köhler, Dresden, Wettinerstr. 20. Scheide-Anstalt.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle

wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Asche sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-N., Serrestrasse 4
Gold- und Silber-Scheideanstalt.

Herr Kollege, warum schicken Sie ihre **Goldabfälle** nicht zu mir? Machen Sie sofort einen Versuch. Alle, die bis jetzt einen Versuch machten, sind meine ständigen Kunden geworden.
Mit kollegialem Gruß
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Goldschmiere, verdichtetes Glanzgold und ionitige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.
Emil Böhme, Eilenberg S.-H. Ältestes Geschäft dieser Art.
NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Mt.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Berggolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Werkstattschuhe, Sandalen, Pantoffeln
usw. äußerst dauerhaft und zu billigsten Preisen, liefert
F. Kirbardt, Ilmenau i. Thüringen. Ausführliche Preisliste frei

Gold-, Silber- und Platinabfälle als Schmiere, Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend
Max Haupt, Dresden-N., Bönischplatz 17.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldasche, und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung
Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 14

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: **Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.**
Verlag: **Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.**
Druck von **Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22**